

PRESSEMITTEILUNG

**Rede des Ministers für Inneres
und Sport, Lorenz Caffier,
zum Thema „NSU als
rechtsextremes Terrornetzwerk –
eine Gefahr für Mecklenburg-
Vorpommern“
in der Landtagssitzung am
17.11.2011**

IM

Schwerin, 17.11.2011

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Es gilt das gesprochene Wort!

Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Alexandrinestraße 1
19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-2003
Telefax: 0385 588-2971
E-Mail: presse@im.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de/im

V. i. S. d. P.: Marion Schlender

Anrede,

wir alle sind geschockt und beschämt darüber, was sich in Deutschland an menschenverachtender Grausamkeit aufzutut. In den vergangenen Tagen mussten wir schmerzhaft lernen, dass sich die Rechtsextremisten offensichtlich nicht mehr nur mit Aufmärschen, rassistischen Parolen und menschenverachtenden Auftritten in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zufrieden geben.

Die Gewalttätigkeit des Rechtsextremismus hat eine neue, bisher nicht da gewesene Qualität erreicht. Ganz offensichtlich schrecken einige Rechtsextremisten inzwischen auch nicht mehr vor Morden an Polizisten und Bürgern ausländischer Herkunft zurück.

Ich möchte an dieser Stelle der Opfer gedenken und den Angehörigen mein Mitgefühl aussprechen.

Meine Damen und Herren,

der Sachverhalt selbst dürfte Ihnen weitgehend bekannt sein:

Am 4. November 2011 verübten zwei maskierte Täter einen bewaffneten Raubüberfall auf eine Sparkasse in Eisenach. Die Täter benutzten für die Flucht ein Wohnmobil, das wenige Stunden später von der Polizei entdeckt wurde. Als sich die Polizeibeamten dem Fahrzeug näherten, explodierte das Wohnmobil. Später wurden in dem ausgebrannten Fahrzeug zwei männliche Leichen gefunden.

Am Nachmittag desselben Tages kam es in einer Wohnung in Zwickau zu einer Verpuffung und einem Wohnungsbrand. Sehr schnell stellte sich ein

Zusammenhang zwischen den Ereignissen heraus. Die im Wohnmobil gefundenen Leichen, bei denen es sich um Uwe BÖHNHARDT und Uwe MUNDLOS handelte, hatten die Wohnung zusammen mit einer Beate ZSCHÄPE, die sich später der Polizei stellte, genutzt. Alle drei Personen waren nach einem rechtsextremistisch motivierten Sprengstoffdelikt in Jena im Jahre 1998 untergetaucht. Sie waren u.a. im damaligen neonazistischen „Thüringer Heimatschutz“ aktiv.

Die sich an die Ereignisse in Eisenach und Zwickau anschließenden Ermittlungen offenbarten ein erschreckendes Szenario. Nicht nur dass die Personen im Verdacht stehen, mehrere Banküberfälle verübt zu haben, sie werden ebenfalls für die so genannten „Dönermorde“, den Mord an einer Polizistin in Heilbronn und verschiedene Sprengstoffanschläge, bei denen zahlreiche Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, verantwortlich gemacht.

Die Spur der Täter führte dabei offenbar auch nach Mecklenburg-Vorpommern. Im Februar 2004 wurde in Rostock ein türkischer Mitbürger ermordet. Im November 2006 und im Februar 2007 wurde in Stralsund das gleiche Geldinstitut zweimal überfallen.

Nach allem, was wir bisher wissen, wurden diese Taten sehr wahrscheinlich aus einer rechtsextremistischen Motivation heraus begangen. Sowohl der ermittlungsführende Generalbundesanwalt als auch der Bundesinnenminister gehen von rechtsextremistischem Terrorismus aus.

Warum die Verdächtigen und die jetzt erkennbaren Tatzusammenhänge nicht früher festgestellt wurden, bedarf

der dringenden Klärung. Dies gilt auch für die Frage, warum die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ den Sicherheitsbehörden erst jetzt bekannt geworden ist.

Ich möchte hier jedoch ausdrücklich betonen: Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des Sachverhalts dürfen jetzt keine voreiligen Urteile gefällt werden. Die Sicherheitsbehörden müssen jetzt den Gesamtkomplex sorgfältig aufklären. Erst danach sollte die Diskussion über möglicherweise zu treffende Konsequenzen beginnen. Ich halte die pauschalen Verdächtigungen gegenüber den Verfassungsschutzbehörden für verfehlt. Klar ist aber: wo Fehler gemacht wurden, müssen sie konsequent aufgearbeitet werden.

Meine Damen und Herren,
die Frage, ob von der NSU auch in Zukunft Gefahren für das gesamte Land ausgehen, kann mit Blick auf den gegenwärtigen Ermittlungsstand nicht abschließend beantwortet werden. Die weiteren Ermittlungen werden zeigen, ob hier ein größeres, bisher unbekanntes Netzwerk agiert. Auf jeden Fall ist hohe Wachsamkeit angezeigt. Im Hinblick auf die vorgefundenen Listen ist nach Auffassung der Sicherheitsbehörden aktuell nicht davon auszugehen, dass diese Listen an einen größeren Verteilerkreis versandt wurden und es ist keine Gefahr für Einzelpersonen erkennbar. Zum jetzigen Ermittlungsstand sind aus den Listen keine konkreten Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass konkrete Straftaten geplant sind. Betonen möchte ich aber auch, dass mir gegenwärtig keine Informationen darüber vorliegen, die auf Strukturen der NSU in unserem Land hinweisen.

Unabhängig davon beobachten wir in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren eine besonders aktive und gut organisierte rechtsextremistische Szene, von der unübersehbare Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen. Es ist daher auch weiterhin wichtig und unverzichtbar, diesen menschenverachtenden Bestrebungen in einem breiten Bündnis aller Demokraten offensiv entgegenzutreten.

Der jüngst zwischen CDU und SPD geschlossene Koalitionsvertrag unterstreicht die Notwendigkeit einer konsequenten Bekämpfung rechtsextremistischer Umtriebe auch aus diesem Grund noch einmal ganz deutlich. Wichtig ist eine nachhaltige Unterstützung und Vertrauen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden, die maßgeblichen Anteil an der Aufklärung der agierenden Szenen haben.

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

für mich steht fest: die NPD schafft den geistigen Nährboden für neonazistische Kameradschaften und letztlich für die NSU-Täter. Und deshalb brauchen wir ein neues NPD-Verbotsverfahren! Unsere Demokratie ist wehrhaft! Und weil sie es ist, wird es nicht noch einmal einer Organisation gelingen, die Demokratie mit Hilfe ihres rechtlichen Instrumentariums zu beseitigen.

Die politische Auseinandersetzung mit dieser Partei reicht allein nicht aus. Von der NPD mit ihrer gerade hierzulande ausgeprägt neonazistischen Ausrichtung geht eine Gefahr für unsere Demokratie aus. Vor diesem Hintergrund ist es richtig und wichtig zu prüfen, ob die NPD verboten werden

kann. Bereits vorliegende Materialien belegen, dass sie in aggressiv-kämpferischer Weise versucht, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen.

Es ist für mich unerträglich, dass diese Verfassungsfeinde auch noch durch Steuergelder finanziert werden müssen. Die Verbotsprüfung muss gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse mit noch größerem Nachdruck durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang muss auch geprüft werden, ob es eine Verbindung zwischen den Rechtsterroristen und NPD-Funktionären gibt. Es müssen alle Fakten auf den Tisch!

Darüber hinaus, und das möchte ich besonders hervorheben, brauchen wir das vom Bundesinnenminister vorgeschlagene „Zentralregister für Neonazis“. Rechtsextreme Gewalt, so haben wir gerade dieser Tage wieder in erschreckender Weise vor Augen geführt bekommen, macht nicht an Ländergrenzen halt. Für einen wirkungsvollen Kampf gegen den Rechtsextremismus ist es deswegen richtig und wichtig, die Daten der Verfassungsschutzämter und der Polizeibehörden von Bund und Ländern über gewaltbereite Rechtsextremisten und entsprechende Gewalttaten zusammenzuführen. Kein Extremist darf sich in Deutschland sicher fühlen! Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, die für die wirkungsvolle Verfolgung dieser Straftäter erforderlich sind.

Wer unsere freiheitlichen Grundwerte beseitigen will, hat mit der vollen Härte des Gesetzes zu rechnen! Dafür brauchen unsere Behörden geeignete Mittel! Das „Zentralregister für Neonazis“ ist eines davon!